

**SPD-Haushaltsrede 02. 03. 2010
des Fraktionsvorsitzenden Werner Hermann**

(es gilt das gesprochene Wort)

„Verfüge nie über Geld, eh du es hast“, meinte einst US-Präsident Thomas Jefferson,

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Augustin,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
verehrte Vertreter der Presse:**

**Und aus dem Chaos sprach eine Stimme:
Lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen.
Und ich lächelte und war froh - und es kam schlimmer! ...**

**Gott sei dank ist diese Befürchtung, die noch vor kurzer Zeit durchaus in unser Haus stand,
nicht eingetreten. Denn es kam nicht schlimmer.**

**Namens der SPD-Gemeinderatsfraktion danke ich Ihnen, Herr Bürgermeister und ihrer
Verwaltung für die Erstellung und Einbringung des Haushaltes noch im vergangenen Jahr.**

**Wir bedanken uns schon jetzt bei allen, sie an der Beschaffung und Zusammenstellung der
notwendigen Zahlen und Daten beteiligt waren.**

**Wir haben diesen Haushalt in etlichen Runden in der Fraktion und auch hier im Gremium
mehrfach intensiv und konstruktiv beraten.**

**Auch dafür gilt den Kolleginnen und Kollegen hier im Rat unser Dank, es waren in der Sache
intensive, im Klima aber – sieht man von den jüngsten Ausfällen in Sachen Logo der Gemeinde
einmal ab – fast immer gute Diskussionen.**

**Unser Dank gilt der Verwaltung, dass sie die Kerndaten eines künftigen doppischen Haushalts
in die vorliegende Fassung aufgenommen hat. So lassen sich die Konturen der künftigen Pläne
nach neuem Haushaltspläne bereits jetzt gut erkennen.**

**Vielleicht hier auch eine kleine Anregung: Vor uns liegt ein dickes Buch – für viele Bürgerinnen
und Bürger auch eines mit sieben Siegeln. Vielleicht könnten wir – wie es einige Gemeinden in
der Umgebung bereits mit großem erfolg praktizieren – eine „Haushaltsextrakt“ als
„Bürgerhaushalt“ anbieten, der nur die relevanten Eckdaten des Haushalts übersichtlich
darstellt. Diese Version könnten wir dann im Gemeindeanzeiger und auf der Internetseite
veröffentlichen.**

Nun aber zum Haushalt:

1.

**Nachdem es den Kommunen in Baden-Württemberg in den Jahren 2006 bis 2008 im Vergleich
zu denen anderer Bundesländern finanziell doch gut ging, drehte sich die Entwicklung 2009
geradezu dramatisch: Die Steuereinnahmen fielen landesweit um fast 15 Prozent bei einem
gleichzeitige Anstieg der kommunalen Ausgaben um 6,4 Prozent.
Dieses Tief aus 2009 ist landesweit noch immer nicht überwunden, weil die inzwischen
bekannterweise wieder gut verdienenden Gewerbebetrieben noch hohe Verlustvorträge haben.**

Dazu gesellt sich das Phänomen, dass unser Finanzausgleichssystem erst mit zwei Jahren Verzögerung höhere Einnahmen in die Umlagenberechnung einbezieht, es also zu Verzögerungen in der Einnahmeentwicklung der Gemeinden gibt. Zum Glück ergeben sich aus diesem Phänomen auch Entlastungen durch geringere Umlagebeiträge für Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage.

Nichtsdestotrotz: Auch in unserem Haushalt – und das zeigt ja bereits die Entwicklung vom ersten Haushaltsentwurf bis zu der heutigen Fassung: Es ist mehr als ein Silberstreifen, der sich am Horizont abzeichnet.

Und gerade wir in Durmersheim brauchen diese positive Entwicklung angesichts der uns ins Haus stehenden Aufgaben – schauen Sie sich allein das Deckblatt des Haushalts an! Ich komme aber auf diese Aufgaben noch einmal zu sprechen.

Lassen Sie mich aber noch eine allgemeinpolitische Vorbemerkung machen: Uns – wie viele andere Gemeinden und Städte schreckt natürlich die Kunde, dass die Bundeskanzlerin – trotz gegenteiligem Versprechen noch vor zwei Jahren – eine Gemeindefinanzkommission eingerichtet hat, die sich mit dem Thema der Abschaffung der Gewerbesteuer beschäftigt. Sollten sich hier CDU und FDP bundesweit durchsetzen, gehen die Kommunen schweren Zeiten entgegen, die Wählerinnen und Wähler mögen dies im Superwahljahr 2011 verhindern!

Da ist es sicherlich für uns eine äußerst gute Nachricht, dass mit Nicolette Kressl, unserer SPD-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretärin im Finanzministerium die Finanzexpertin der SPD Baden-Württemberg in das Spitzenteam des von Nils Schmid berufen wurde.

Es ist gut zu wissen, dass wir damit zukünftig in einer neuen Landesregierung mit ihr eine Finanzministerin in Stuttgart haben werden, die sich seit vielen Jahren für eine bessere Situation der Kommunen eingesetzt hat. Dabei war sie es, die zusammen mit Peer Steinbrück viel für die Kommunen erreicht und sich mit Erfolg den Versuchen von FDP und teilen der CDU widersetzt hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

2.

Der Verwaltungshaushalt 2011, quasi das Haushaltsgeld der Gemeinde, gibt sich mit einem Anstieg um nur 0,77 Prozent auf 21.518 Millionen Euro bescheiden, der Verwaltung sei hier ein ausdrückliches Lob für die wirtschaftliche und sparsame Haushaltsplanung und -führung erteilt.

Positive Entwicklungen auf der Einnahmeseite bei der Gewerbesteuer, unserem Anteil an der Einkommensteuer und den sonstigen Zuweisungen und gleichzeitig Entlastungen auf der Ausgabenseite führen glücklicherweise dazu, dass unser Verwaltungshaushalt doch nicht die ursprünglich befürchtete negative Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt aufweist, sondern wengleich nur äußerst bescheidene 2,475 EURO zuführen kann.

Wir teilen die Auffassung der Verwaltung, dass es langfristig bei dieser „Unterfinanzierung“ der Kommunen nicht bleiben darf und kann und werden mit der Verwaltung daran arbeiten, dass sich dieser Zustand in Zukunft und auch nach Einführung des neuen Haushaltsrechtes gründlich ändert.

3.

Der Vermögenshaushalt – quasi das Investprogramm der Gemeinden – gibt sich im Vergleich zum Vorjahresansatz mit 4.070 Millionen Euro ebenfalls eher bescheiden.

Er lebt im Planjahr 2011 wie gesagt eben nicht von Zuführungsraten aus dem Verwaltungshaushalt, sondern von Beteiligungs- und Veräußerungserlösen und einer –

haushaltstechnisch und betriebswirtschaftlich angesichts der aktuell gegebenen Finanzmarktsituation sicherlich sinnvollen Darlehensaufnahme im Haushaltsjahr 2011 sowie von Zuschüssen des Bundes und des Landes zum Beispiel im Rahmen der Ortskernsanierung durch das Land und des Konjunkturpakets des Bundes für energetische Sanierungsmaßnahmen.

An einer Stelle dürfen wir heute schon den Finger heben: Die knappe Million Veräußerungserlöse im Rahmen der Neukonzeption der Gasversorgung Durmersheim bedarf – und darauf ist aus- wie nachdrücklich hinzuweisen, dringend einer rasch aufzunehmenden politischen Diskussion und Entscheidung. Hierzu ist wegen der Relevanz des Themas darüber nachzudenken, ob wir auch mit den Erfahrungen mit Stuttgart 21 darauf achten müssen, die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir sollten rasch auch den Austausch mit der mitbeteiligten Gemeinde Malsch suchen.

Verschlafen dürfen wir auch nicht die Frage des Stromnetzes. Auch diese Thematik bedarf der baldigen Auseinandersetzung unter der Überschrift Rekommunalisierung oder Konzession. Wir bitten die Verwaltung dringend, auch dieses Thema rasch auf die Agenda des Gemeinderats zu setzen.

Wir erreichen durch die genannte Darlehensaufnahme einen in Durmersheim historisch hohen Schuldenstand von über 3 Millionen Euro und damit nur aus dem Haushalt der Gemeinde – das heißt ohne die des Verwaltungsverbandes im Rahmen der Abwasserbehandlung – eine Pro-Kopf-Verschuldung von 247 Euro je Einwohner. Das ist schon stattlich, aber angesichts der Tatsache, dass damit die Rücklagen geschont werden können, vertretbar.

Lassen Sie mich zu den Ausgaben des Vermögenshaushaltes kommen:

Für den Erwerb von Grundstücken geht der Löwenanteil von 274.000 Euro noch auf den Ankauf des Staatswaldes zurück.

Wir haben gegen diesen Ankauf gestimmt, nach wie vor fehlt es uns an nachvollziehbaren Gründen für diesen Ankauf und wie sich beim Waldbegang gezeigt hat, sind zwar die Nachteile des Ankaufs eingetreten und werden 2011 nochmals haushaltswirksame, nicht dagegen die Vorteile.

Die Qualität dieses Geschäfts muss jedenfalls wirtschaftlich nach wie vor in erheblichen Zweifel gezogen werden.

Bei den Baumaßnahmen sticht als größte Investition der beschlossene Neubau des Bauhofes heraus. Diese Investition ist in Hinblick auf die Mitarbeiter im Bauhof und langfristig auch für uns als Kommune nicht nur sinnvoll und zweckmäßig, sondern war geboten und dringend erforderlich.

Wir stehen dafür hinter dieser Entscheidung und tragen diese vollumfänglich mit.

Übrigens: Er ist ja noch nicht ganz um, dieser Winter 2010/2011: Wir dürfen uns aber gerade an dieser Stelle beim Bauhof, seinem Leiter und allen Mitarbeitern für ihren Einsatz beim Kampf gegen Eis und Schnee bedanken. Durmersheim und Würmersheim hatte – mit wenigen Abstrichen jedenfalls – einen einwandfreien Winterdienst!

Die übrigen Ansätze dieser Position betreffen im Wesentlichen Restabwicklungen aus den Vorjahren bzw. Planungen für Großvorhaben der Folgejahre, auf diese komme ich jetzt zum Schluss zu sprechen.

4.

Was sind die Kernaufgaben in der nahen Zukunft?

Die Weiterführung der Maßnahme an der Hauptstrasse innerorts ist beschlossen und weiterzuführen. Das Ortsbild hat sich bereits jetzt erheblich verbessert, es wird dem Ort gut tun, wenn die Maßnahme abgeschlossen sein wird.

Es ist aber noch mal darüber nachzudenken, ob man die Realisierung des sogenannten „Aldi-Kreisels“ angesichts der sehr prekären Verkehrslage auf dem Heilberg und der Einfahrtgeschwindigkeit von Norden her wirklich nochmals weiter verschieben, oder ob nicht angesichts der fortgeführten Baumaßnahmen in Durmersheim ein Ende mit Schrecken nicht besser wäre als ein Schrecken ohne Ende.

Wir gegen hier an, die Angelegenheit „Aldi-Kreisels“ nochmals im Gemeinderat zu beraten.

Das Deckblatt des Haushalts zielt sie ja bereits, unsere erste Bahnüberführung wie es wohl richtig heißt.

Unsere gesamte Verkehrskonzeption bekommt ja – das haben wir bereits lernen müssen, dürfen und können, erst richtig Sinn, wenn wir beide Unterführungen realisiert haben werden.

Es war gut und richtig, zu unserer Beschlusslage in Sachen Standorte und Ausführungen für die Unterführungsbauwerke zu kommen, bleibt zu hoffen, dass jetzt auch eine rasche Umsetzung gelingt.

Ein kritisches Wort zu den Bahnunterführungen südlich von Durmersheim sei erlaubt: Ob zwei von den vier wirklich haben sein müssen, möge jeder beurteilen, der sie benutzt.

Volkswirtschaftlich wäre dieses Geld – das ist meine felsenfeste Überzeugung – in Durmersheim besser angelegt gewesen.

Den Nachbarn im Süden seien sie aber gegönnt.

Durmersheim als Kinderkommune entwickeln

Es stehen uns bei der Planung unseres Kinderbetreuungskonzeptes für 2013 große Maßnahmen ins Haus, die bereits 2011 erhebliche Schatten werfen werden. Es sind jetzt rasch Standortentscheidungen zu treffen und Gespräche mit den Betriebsträgern aufzunehmen, Termine sind ja einberaumt. Der Gemeinderat hat sich bereits im Rahmen einer Klausursitzung befasst, die übrigens in überaus harmonischer und konstruktiver Weise durchgeführt wurde.

Danke hier allen Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Auch hier ein kurzes kritisches Wort in Richtung Land: Das Land weigert sich einmal mehr, seinen Kommunen die Finanzmittel für die Umsetzung des Orientierungsplans für die Kindergärten zukommen zu lassen.

Wir als Kommune können aber nicht warten, bis das Land seine Hausaufgaben erledigt, solange wir für die frühkindliche Bildung zuständig sind.

Es wird also kommen wie bei der Schülerbeförderung oder der Schulsozialarbeit: Das Land bestellt, die Kommunen zahlen! Oder Bildungspolitik auf dem Buckel der Gemeinden!

Übrigens: Wenn wir unsere Kindergärten als Bildungseinrichtungen verstehen, ist es schwer zu vermitteln, warum wir für deren Besuch überhaupt Kindergartengebühren verlangen. § 11 unserer Landesverfassung spricht jedem ohne Rücksicht auf seine Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechenden Erziehung und Ausbildung zu.

Deswegen streitet die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag seit Jahren für einen beitragsfreien Kindergarten wie es in deren Bundesländern zum Beispiel Rheinland-Pfalz längst Standard ist. Wenn der Gemeindegtag als unsere Vertretung gegenüber dem Land akzeptiert, dass die Kommunen für die Kindergärten zuständig sind, müssen wir auf Gemeindeebene auch über die Gebührenhöhe entscheiden.

Es geht hier nicht um Subvention für finanzschwache Familien, sondern um Gerechtigkeit und Solidarität.

Eine warum auch immer zustande kommende massivere Gebührenerhöhung werden wir jedenfalls ablehnen.

Gleiches ausführen ließe sich jetzt auch ausführen für den Schulstandort Durmersheim, wo sich der Ministerpräsident Mappus zwar bereit erklärt hat, einen Pakt mit den Städten und Gemeinden einzugehen, diese aber mit dem Mappus'schen Kompromissvorschlag nicht zufrieden sein können. Denn sie wollen konkrete Zusagen über mehr Geld für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung und der Ganztageschulen . Auch muss sich Mappus an sein bisher noch nicht gehaltenes Wahlversprechen erinnern lassen, das Land werde nach und nach auf seinen Anteil am kommunalen Finanzausgleich verzichten. Wenn man überhaupt auf etwas verzichten kann, was einem gar nicht zusteht.

Die Entwicklung unserer Ortsmitte, Stichworte sind hier Hildaschule und Umgebung, Bahnhof mit Umgebung, Ärztehaus, innerörtliches Verkehrskonzept, Kloster Maria Bickesheim, Gewerbegebiete im Osten unserer Gemeinde und vieles andere mehr werden die Aufgaben der nächsten Jahre bilden.

Weitere solcher zukünftiger Baustellen sind sicherlich auch

- **die Zukunft des Schulstandortes Durmersheim**
- **die Bewältigung des demographischen Wandels in unserer Kommune**
- **die kommunale Energiepolitik, Stichworte Strom-, Gasnetz mit der Möglichkeit einer echten kommunalen Mitwirkung und Einflussnahme**
- **eine bessere Internetversorgung in Teilen unserer Gemeinde**
- **neue Formen von Wohnbebauung**
- **Erstellung eines Verkehrsleitbildes mit einer echten Entlastung für die Ortskerne**

Wir dürfen hier auf unser Arbeitspapier zum Dorfentwicklungskonzept „Durmersheim 2025“ verweisen.

Wir jedenfalls haben ein solches Konzept, von dem andere immer wieder verlangen, man müsse eines erstellen.

Wir werden uns bei all den genannten Aufgaben an diesem Konzept orientieren und dieses nach und nach abarbeiten.

Nun, um der Spannung ein Ende zu geben: Wir stimmen nach den Vorberatungen in Fraktion und Rat dem Haushalt 2011 zu, ebenso seinen Anhängen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Augustin, bei unserem Kämmerer Franzen und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinde und Ortschaftsrats für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr ganz herzlich bedanken. Gleiches gilt für die streitbare wie konstruktive Beratungen und Diskussionen des Haushalts 2011.

Zum guten Schluss noch ein Appell: Am 27. März findet die Wahl zum 15. Landtag von Baden-Württemberg statt. Nur wer auch zur Wahl geht, bestimmt mit, wer das Land Baden-Württemberg in den nächsten fünf Jahren repräsentiert und regiert. Wir bitten daher schon hier und heute alle Wahlberechtigten ausdrücklich, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit auch zu einer überzeugenden Wahlbeteiligung beizutragen.

Dafür und für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit vielen Dank!